



Hamburgische Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 47

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 246.

Hamburg, den 20. November 1920

Anzeigen kosten die sechsgehaltene Non-
pareilleseite oder deren Raum 1,50 Mk.
(Der Betrag ist stets vorher einzusenden.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Kapitalisten und Proletarier.

Die heutige Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beruht auf der Scheidung der Angehörigen ein und desselben Volkes in zwei Klassen. Die Angehörigen der einen Klasse befinden sich im Besitze der Produktionsmittel (Grund und Boden, Bergwerke, Fabriken, Maschinen, Anlagen, Rohstoffe usw.), das heißt aller jener Gebrauchsgegenstände, mit denen andere Gebrauchsgüter hergestellt und zum Gebrauch hergerichtet werden. Sie selbst können mit diesen Produktionsmitteln nichts anfangen, weil sie nicht imstande sind, sie mit Hilfe ihrer eigenen Arbeit zweckentsprechend zu verwenden und zu verwerten. Auf der andern Seite stehen die großen Massen jener Leute, die wohl die (qualifizierte oder unqualifizierte) Arbeitskraft besitzen, um Gebrauchsgüter herzustellen und Dienste leisten zu können, die aber mit ihrer Arbeitskraft nichts anzufangen wissen, weil es ihnen an den nötigen Produktionsmitteln fehlt. Erstere heißen Kapitalisten, letztere Proletarier; erstere bilden die besitzende Klasse, letztere die besitzlose Klasse. Das besagt natürlich nicht, daß die Proletarier überhaupt nichts besitzen — das ist glücklicherweise nicht der Fall —, sondern daß sie keine Produktionsmittel, kein Kapital besitzen und deshalb von dem Ertrag ihrer Arbeitskraft leben müssen.

Kapitalisten und Proletarier treten nun miteinander in Verbindung. Der Kapitalist, der seine Produktionsmittel ohne fremde Arbeitskraft nicht verwenden kann, geht auf den Arbeitsmarkt und findet dort Proletarier, die ihre Arbeitskraft ohne fremde Produktionsmittel nicht verwenden können. Er kauft ihnen ihre Arbeitskraft gegen einen bestimmten Lohn ab, er schließt mit ihnen einen Arbeitsvertrag. So ist — scheinbar — beiden Seiten geholfen, und in der Tat vertritt der Kapitalismus die Auffassung, daß diese Ordnung der Dinge einen vernünftigen, gerechten Ausgleich schaffe zwischen Kapital und Arbeit. Leider ist dies in Wirklichkeit nicht der Fall; denn der Augenschein lehrt uns, daß von einer Rechtsgleichheit nicht die Rede sein kann, daß der Kapitalist vielmehr die Möglichkeit hat (und von dieser Möglichkeit auch Gebrauch macht), die Proletarier in der schärfsten Weise auszubeuten. Die theoretische Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit wird in der Praxis zu einer schreienden Ungerechtigkeit, sie wird zu einer wirtschaftlichen Uebermacht des Kapitals, die das Proletariat ins Elend herabdrückt. Deshalb trifft es zu, wenn der Sozialismus behauptet, daß das Massenelend seine tiefste Quelle habe in der Trennung der Proletarier von den Produktionsmitteln, die hinwiederum auf den ungerechten Besitz- und Eigentumsverhältnissen beruht, und daß eine Beseitigung dieses Elends nur dadurch herbeigeführt werden könne, daß die Proletarier in ihrer Gesamtheit Besitzer der Produktionsmittel werden, daß also Kapital und Arbeit zu einer Einheit verschmolzen werden.

Diese Vereinheitlichung läßt sich augenscheinlich sehr wohl durchführen, weil die Kapitalisten als Personen überflüssig sind und für die Gütererzeugung und Güterverteilung nur als Besitzer der Produktionsmittel in Betracht kommen. Das darf natürlich nicht so einseitig aufgefaßt werden, als wenn die Kapitalisten überhaupt keine Arbeit verrichteten. Es gibt zahlreiche Unternehmer, die in ihren Betrieben tätig sind und dort produktive Arbeit leisten, aber dann sind sie Kapitalisten und Arbeiter in einer Person. Diese ihre Tätigkeit wird vom Sozialismus nicht bekämpft, im Gegenteil, sie wird nach ihrem Wert geschätzt und soll für die sozialistische Wirtschaftsweise nutzbar und dienstbar gemacht werden, lediglich in ihrer Eigenschaft als Besitzer von Ausbeutungskapital sollen sie verschwinden. Es soll ihnen die Möglichkeit genommen werden, ihre Mitmenschen auszubeuten und sich auf

Kosten fremder Arbeit ein angenehmes Dasein zu verschaffen und Reichtümer aufzuhäufen, aber es soll ihnen die Möglichkeit bleiben, sich zum Wohle der Allgemeinheit zu betätigen. Anders ausgedrückt heißt das: der Sozialismus will die Ausbeutungsmöglichkeit beseitigen und den Ausbeutern das Handwerk legen, aber er will die Arbeit für jeden Menschen zu einer Pflicht und zu einer Ehre machen. Diese Unterscheidung zwischen Kapitalist und produktiv tätigen Arbeiter darf nicht außer acht gelassen werden. Sie geht davon aus, daß wir sehr wohl unterscheiden müssen zwischen Produktionskapital und Ausbeutungskapital: dieselben Produktionsmittel, die zur Herstellung von Gebrauchsgütern dienen, dienen in einer kapitalistischen Gesellschaft zugleich zur Ausbeutung der Proletarier. Diese Eigenschaft des Kapitalismus bekämpft der Sozialismus, das Kapital an sich bekämpft er selbstverständlich nicht, ebensowenig wie er die Kapitalisten als Hersteller von Gebrauchsgütern bekämpft.

Die Klasse der Proletarier, die unter der kapitalistischen Ausbeutung sehr schwer leidet, ist an Zahl weitaus größer als die Kapitalistenklasse, aber es fehlt ihr bislang noch die Einheitlichkeit und Geschlossenheit, die nötig ist, wenn sie das Joch des Kapitalismus abwerfen will. Es gibt Leute, die stets von dem Proletariat als einer Einheit sprechen und auf Grund der Tatsache, daß es die Übergroße Mehrheit im Volke bildet, ihm den letzten Sieg in Aussicht stellen. Zugleich dichten sie ihm eine Reife und eine Tüchtigkeit an, die es noch nicht besitzt und nach Lage der Sache auch gar nicht besitzen kann. Sie vergessen dabei, daß das Proletariat in sich selbst sehr verschieden ist, daß es aus ganz verschiedenartigen Schichten und Gruppen besteht, die sich nach Wissen und Bildung, nach Schulung und Erziehung, nach ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage sehr wesentlich voneinander unterscheiden. Man braucht nur einen Blick ins wirkliche Leben zu tun, um zu sehen, daß die weltfremden Himmelsstürmer Unrecht haben, die mit dem Proletariat als einer innerlich und äußerlich geschlossenen Masse rechnen. Zunächst besteht ein himmelweiter Unterschied zwischen dem ländlichen Proletariat rückständiger Gegenden und dem Proletariat der kleinen, mittleren und großen Städte. Sodann macht sich ein Unterschied bemerkbar zwischen organisierten und unorganisierten Proletariaten, zwischen klassenbewußten Proletariaten und solchen, die nur ein dumpfes, instinktives Gefühl ihrer Klassenlage haben. Es ist ja ganz klar, daß ein Arbeiter, der seit Jahrzehnten in der Schule der Organisation erzogen worden ist, der mit seinen Kollegen Schulter an Schulter um die Hebung seiner Lebenslage gekämpft hat, sich sehr wesentlich von jenem unterscheidet, der sich um die Arbeiterbewegung nicht gekümmert oder gar als Unternehmervoll seine Klassengenossen in gemeinster Weise bekämpft hat. Wer diese ganz verschiedenartigen Proletarier in einen Topf wirft, der hat keine Ahnung davon, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Nicht das macht den klassenbewußten Proletarier aus, daß er sich ausgebeutet fühlt und über seine schlechte Lage schimpft, sondern darin besteht sein Wesen, daß er die feste Ueberzeugung hat, einer ausgebeuteten, unterdrückten, entrechteten Klasse anzugehören, daß er den ernstesten, unerbittlichen Willen in sich trägt, sich seine Menschenrechte zu erkämpfen, und daß er auch die erforderliche Einsicht besitzt in die Mittel und Wege, die zum Siege führen. Nur die klassenbewußten, geistig geschulten und sittlich tüchtigen Proletarier kommen für den Klassenkampf in Betracht, alle andern sind nur Ballast und Gemüms. Um die Wahrheit dieser Behauptung zu erkennen, braucht man nur die Vorgänge der letzten Jahre auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu betrachten, man wird dann die Klassenkämpfer sehr wohl unterscheiden können von den Klassenchwägern.

Aus der verschiedenartigen Schichtung des Proletariats und der Rückständigkeit zahlreicher Proletariatschichten erklärt sich im wesentlichen die innere Zerklüftung der Arbeiterbewegung. Anders ließe es sich gar nicht verstehen, daß so viele unlautere Elemente: Wirkköpfe und Phrasendrescher, Streber und Stellenjäger, auf das Proletariat Einfluß gewonnen haben und so viel Unheil anzurichten vermögen. Aus dieser traurigen, aber wahren Tatsache ergibt sich die unabwendbare Notwendigkeit, durch Aufklärung, Bildung, Erziehung und Schulung innerhalb der Organisationen die an noch rückständigen Proletarier zu wirklichen Klassenkämpfern zu machen, die ihre Kraft nicht im Schimpfen und Nörgeln verpulvern, die vielmehr befähigt und gewillt sind, den großen, erhabenen Gedanken des Sozialismus zum Siege zu führen. Daß uns hier noch eine Riesenarbeit bevorsteht, braucht einem Kenner der Verhältnisse nicht erst gesagt zu werden. Er weiß, daß die soziale Frage nicht mit dem Maul und der Faust gelöst werden kann, sondern daß noch etwas mehr dazu gehört.

F. L.

Norwegischer Malerverband.

Das Jahr 1919 ist den Umständen nach ein gutes Jahr für unsere Organisation gewesen. Die Teuerungszzeit ist zwar noch nicht zum Stillstand gebracht, indem die Lebensmittelpreise ständig in die Höhe gehen. Doch hat die Organisation die Situation ausgenutzt und verschiedene Verbesserungen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen durchgeführt, wovon einzelne recht durchgreifend waren.

Im April erlebten sich ziemlich alle Tarifvereinbarungen in den Bauindustrien. Es war nicht möglich, durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern nennenswerte Verbesserungen zu erzielen. Der Kampf bewegte sich besonders um die Durchführung des Achtstundentages (48 Stunden pro Woche) und um tarifmäßig festgesetzte Ferien.

Nachdem die Konfliktangelegenheit zum Vergleich vor den Reichsschiedsmann gebracht war, wurde auf dessen Veranlassung die Acht- und vierzigstündigen-Arbeitswoche durchgeführt mit einem Stundenlohn von 1,85 Kr. und einer Woche Ferien mit vollem Lohn. Die Forderung von 8 Stunden Arbeitszeit ist über das ganze Land durchgeführt, und die Ferienfrage, die bei der späteren Tarifrevision eine hervorragende Rolle spielte, hat gute Fortschritte zu einer zufriedenstellenden Lösung gemacht. Wir beabsichtigen, die gewonnenen Vorteile auszunutzen, so daß die Frage das nächste Mal ganz gelöst werden kann in Uebereinstimmung mit den Interessen der gesamten Arbeiterklasse.

Die erzielten Lohnverbesserungen belaufen sich auf 40 bis 65 Oere pro Stunde, für den einzelnen Arbeiter auf 480 bis 2160 Kr. pro Jahr.

Die Mitgliederzahl unseres Verbandes betrug zu Beginn des Berichtsjahres 1257 in 80 Filialen und am Schlusse des Jahres 1920 in 88 Filialen. Wir hatten also einen Zuwachs von 579 Mitgliedern oder gegen 50 % und 8 neuen Filialen.

Die Einnahme des Verbandes betrug 88 824,82 Kr. und die Ausgabe 74 342,41 Kr., so daß eine Mehreinnahme von 13 682,41 Kr. zu verzeichnen ist. Von den Einnahmen sind 76 407,30 Kr. ordentliche Verbandsbeiträge und 1468,50 Kr. Eintrittsgelder. In die Sinterbüchereien von verstorbenen Mitgliedern wurden an Versicherungssumme und an Beerdigungshilfe 7500 Kr. ausgezahlt. Als Reise- und Arbeitslosenunterstützung wurden 8348,75 Kr. gewährt. Die Zahl der durch Erwerbslosigkeit verlorenen Arbeitstage macht 36 222 aus. Hiervon entfallen auf Arbeitsmangel 15 079 Tage, auf Krankheit 13 213 Tage und auf Wehrpflicht 2898 Tage. Diese Zahl ist bedeutend niedriger als im Vorjahre. Die verlorenen Tage wegen Arbeitsmangels betragen nur 9,51 pro Mitglied gegen 13,2 im Jahre 1918 und 12 im Jahre 1917. Die Gesamtzahl der verlorenen Arbeitstage betrug 23 pro Mitglied gegen 29,75 im Jahre 1918.

Das Jahr kann also sowohl für unsere Organisation als auch für deren einzelne Mitglieder als ein gutes bezeichnet werden, trotz der ständigen Preissteigerungen und der darauf folgenden schwierigen Lebensverhältnisse. Die Arbeitsverhältnisse sind ziemlich gut gewesen, und die im Jahre durchgeführte Lohnbewegung hat im wesentlichen eine Kompensation für die steigende Teuerung herbeigeführt.

Unser Verbandstag fand im März statt. Hier wurde die Anstellung von 2 festentlohnten Funktionären be-

schlossen, weil die bisherige Verwaltung bei der ständig wachsenden Arbeitslast nicht mehr zufriedenstellend war.

Von bedeutenden Beschlüssen kann erwähnt werden, daß wir beschlossen haben, Produktivgeschäfte innerhalb des Verbandes zu errichten und für diese Zuschüsse zu leisten.

Es ist unsere Hoffnung, daß der Tag nicht zu weit entfernt ist, an dem auch unsere Kollegen der ganzen Welt sich einig und geschlossen zusammenschließen, um unsere wichtigsten Interessen zu schützen gegen die international denkende und handelnde Kapitalmacht.

Dr. Martinson, Christiania.

Kinder in Not!

Schulmatsaufenthalt der Kinder im Ausland, Quätershilfe, Spülspiejung — ein paar Worte, die in der letzten Zeit so häufig genannt wurden, wenn über das Wohl und Wehe der deutschen Kinder gesprochen wurde.

Es wiehe Dunkel in die Nacht hineintragen, würde hier an dieser Stelle die Not des Kindes im einzelnen in drastischer Form geschildert. Der Arbeiter, die Arbeiterin, sie erleben es zum großen Teil am eigenen Körper und sehen es täglich in ihren Kreisen, wie groß die Hilfsbedürftigkeit des deutschen Kindes ist.

sprechend sein Scherlein zu dem edlen Sammelwert beitragen.

Ihr alle, die Ihr sicherlich zum großen Teil eine bessere Jugend erlebt habt, die Euch mindestens vor dem Schlimmsten bewahrte, beolachtet offenen Auges diejenigen, die in den letzten Jahren erst geworden sind, und helfe nach Kräften. Kinder in Not!

Zwei Millionen Kinder unterernährt!

Hilfe muß werden! Arbeiter, Arbeiterin, trage Dein Teil bei, damit Tausenden das Leben erhalten und die geschwächte Gesundheit gestärkt werden kann

Sammlung in den Betrieben in der Zeit vom 26. November bis 5. Dezember

Deutschlands Not und der Internationale Gewerkschaftsbund.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland, die von den Entente-Regierungen beabsichtigte Auslegung des Friedensvertrages und im Zusammenhange damit die Anordnungen der Wiederherstellungskommissionen hatten den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veranlaßt, wiederholt schriftlich das Internationale Gewerkschaftsbüro auf den Ernst der hierdurch geschaffenen Verhältnisse aufmerksam zu machen.

Einer Einladung des Internationalen Gewerkschaftsbüros folgend, nahmen am 22. und 23. Oktober die Genossen Legien und Graßmann an einer Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam teil.

Nationalistische Propaganda der Polen in Oberschlesien hat blutige Unruhen hervorgerufen, in deren Gefolge viele deutschfühlende Arbeiter von fanatisierten polnischen Arbeitern erschlagen, Frauen und Kinder entsetzlich mißhandelt, ihre Habe vernichtet und Tausende zum Verlassen des Landes gezwungen wurden.

Obigen die Abstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920 ergab, daß das Abstimmungsgebiet fast ausschließlich von Deutschen bewohnt wird, hat die Entente-Kommission einen Streifen von 50 m Breite und 45 km Länge auf dem rechten Weichselufer der Republik Polen zugesprochen.

zähster, langwieriger Arbeit beseitigten; die ständigen Gebiete werden wieder die unerwünschten Quellen von gewerkschaftlich ungeschulten, bedürftigen Arbeitern, die ihre Kameraden in den westlichen Ländern ständig in den Arbeitsbedingungen unterbieten, um die eigene Existenz zu fristen.

Neben diesen Schädigungen mehr ideeller und persönlicher Art arbeiten die Entente-Regierungen absichtlich und konsequent auf eine vollkommene Zerschlagung der letzten Reste deutscher Wirtschaftskraft hin.

Als geradezu typisches Beispiel für die Absichten der Interalliierten Kommission muß aber deren Forderung auf Zerstörung aller in Deutschland befindlichen Dieselmotoren angesehen werden.

Die dem deutschen Volk durch die Entente aufgezwungene Lage ist nicht nur für uns unerträglich, sondern auch vom Standpunkt der „siegreichen“ Länder aus unbefriedigend.

Die neuerliche Forderung auf Herausgabe von Blei- und Zinkpigmenten, die bei der Gärung des Düngers sich bildende Kohlenäure führt das Blei- und Zinkpigment über. Es wird dann gewaschen und gemahlen in den Handel gebracht.

Die Annahme, daß der arabische Chemiker Geber im 8. Jahrhundert n. Chr. dieses Verfahren zuerst angegeben haben soll, trifft nicht zu. Es ist sogar zu bezweifeln, daß wir die Kunst der Bleiweißfabrikation aus Arabien nach Europa bekommen haben.

Die Farben.

Von W. Harries, Kiel.

I.

Einer der ausgedehntesten Zweige der chemischen Industrie ist heute die Farbenfabrikation oder, wie man eigentlich richtiger sagen müßte, die Farbwarenfabrikation. Es gibt kein Kulturvolk, das nicht diese Industrie betreibt.

1. Weiße Farben.

Kreide. Die Farbe, die am meisten gebraucht wird, ist weiß Kreide. Der Natur nach kohlen-saurer Kalk. Die natürliche Kreide wird gemahlen und geschlemmt.

Schwerpat. Mineral, seiner Zusammensetzung nach Bariumsulfat (BaSO4). Es wird in der Natur in großen Mengen gefunden und hat rein weiße bis gelblich graue Farbe.

Kalk. Auch gebrannter Kalk (CaO) in gelblichem Zustande als Ca(OH)2 gibt eine schöne weiße Farbe her.

Bleiweiß. Die Verwendung des Bleiweiß als Malerfarbe ist schon im Altertume bekannt gewesen und wurde schon von Dioskorides im 4. Jahrhundert v. Chr. beschrieben.

Die Annahme, daß der arabische Chemiker Geber im 8. Jahrhundert n. Chr. dieses Verfahren zuerst angegeben haben soll, trifft nicht zu. Es ist sogar zu bezweifeln, daß wir die Kunst der Bleiweißfabrikation aus Arabien nach Europa bekommen haben.

Das heute gebrauchte kohlen-saure Bleioxyd wird ausschließlich technisch hergestellt. Das Bleiweiß, wie wir es verarbeiten, ist ein weißes, sehr gut deckendes Pulver von sehr hohem spezifischem Gewicht, unlöslich in Wasser.

Wartweiß. Das Wartweiß ist die beständigste aller weißen Farben, es fñhrt deshalb auch die Bezeichnungen Permanentweiß und Blanc fixe.

Zinkweiß. Der Zusammensetzung nach Zinkoxyd. Es wird durch Verbrennen von Zinkdämpfen in heißer Luft dargestellt und bildet ein lockeres, zartes, weißes Pulver, das nicht ganz so gut deckt wie Bleiweiß, aber weniger giftig ist und in schwefel-sauerhaltiger Luft unverändert bleibt.

Lithopone. Die Lithopone ist sowohl eine Bariumfarbe wie das Wartweiß (Schwerpat), als auch eine Zinkfarbe wie das Zinkweiß; sie ist nämlich ein Gemisch von Schwefelzink mit Bariumsulfat, das durch Fällen einer Zinknitriollösung mit Schwefelbariumlösung erhalten wird.

Antimonweiß, Wismutweiß und Manganzweiß werden wenig in der Malerei gebraucht, sie finden meistens nur für Schminke Verwendung.

810 000 Flüchtlinge ist nur verständlich, wenn man sich den Gedankengang "emenceaus zu eigen macht, Deutschland habe immer noch" (Frankreich gegenüber) 11 bis 12 Millionen Einwohner "jubelt". Daraus eine Maßnahme, die der erster Linie unsere Einglinge, unsere Flüchtlinge und vertriebenen Mütter trifft. Unmenslicher ist kaum je ein Volk behandelt, jüdischer kaum je ein Vertrag verletzt worden (unter ausdrücklicher Annahme der 14 Punkte Wilsons hatte Deutschland 1918 die Waffen niedergelegt). Die Regierungen der Ententeblätter scheinen nur zu übersehen, daß ein niedergebrosenes, vergewaltetes Deutschland auch die Existenz des übrigen Europa gefährdet, daß dies namentlich auf Frankreich zutrifft, und daß die zerstörtesten Verhältnisse in der ganzen Welt erst dann sich bessern werden, wenn man Deutschland zu Kräften kommen läßt. Es sind also nicht nur selbstliche Gründe, die heute die deutsche Arbeiterschaft veranlassen, die Solidarität der gewerkschaftlichen Internationale anzurufen. Aber diese Solidarität müsse geliebt werden, tatkräftig und schnellstens; die Regierungen der Entente müßten endlich angehalten werden, Deutschland gerecht und billig zu behandeln, nicht zuletzt zum Wohle ihrer eigenen Völker. Ohne Ueberreizung könne gesagt werden, daß die Aufrechterhaltung der mittel- und west-europäischen Kultur auf dem Spiele steht!

Die zweltägige in kameradschaftlichem Geiste geführte Aussprache ergab zunächst, daß über die Auswirkungen der Forderungen der Interalliierten Kommission in den Arbeiterkreisen der Westländer vollkommene Unklarheit besteht, wie überhaupt die Gesamtlage Deutschlands im Ausland vielfach schiefen Auffassungen begegnet. Das ist verständlich, wenn man sich die Beurteilung deutscher Verhältnisse im überwiegenden und ausschlaggebenden Teil der Entente-Pressen vergegenwärtigt. Aus die Vertretungen der in Frage kommenden Landeszentralen zu befähigen, sich ein Urteil aus eigener Anschauung zu verschaffen, wurde vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschlossen, die Genossen Jouhaux (Frankreich), Mertens (Belgien), einen noch zu bestimmenden Vertreter der englischen Gewerkschaften und den Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Plamen, ins Ruhrgebiet zu entsenden, um sich zunächst dort über die Verhältnisse zu informieren. Die Delegation ist bereits am 30. Oktober im Ruhrgebiet eingetroffen. In Hand ihres Berichts sollte dann weiteres umgehend veranlaßt, besonders erwogen werden, welche Schritte bei den betreffenden Regierungen zu unternehmen sind.*

Auch bei nüchternster Bewertung der Sachlage ist anzunehmen, daß die angerufene Solidarität der gewerkschaftlichen Internationale praktische Ergebnisse zeitigt.

* Der Kommissionsbericht wird dem am 22. November in London zusammentretenden Internationalen Gewerkschaftskongress vorgelegt, der die ferneren Maßnahmen beschließt, besonders über die Entsendung weiterer Kommissionsmitglieder zur Feststellung der Lage in Deutschland.

Lohnbewegungen.

M. Glabbach. Die Lohnfreilichkeiten in der **Figurenbranche** wurden am 7. November vor dem Schlichtungsausschuß in Arbeit beigelegt. Die Firma verpflichtete sich, vom 1. Oktober an eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung zu zahlen. Da sich die Löhne bisher auf 4,80 M. pro Stunde hielten, so werden jetzt 5,80 M. pro Stunde gezahlt. Außerdem wurden auch für einige jüngere Kollegen und Kolleginnen Stundenlöhne von 2,50 M. beziehungsweise 2 M. festgelegt. Wurden für die beiden Fachgruppen auch nicht die ganzen Forderungen erreicht, so ist immerhin das Resultat ein zufriedenstellendes. Nur das geschlossene Zusammenhalten in der Organisation und die geschickte Leitung haben die Kollegen zu dem Erfolge verholfen. Einigkeit macht Kraft!

Zur Lohnbewegung in Rheinland und Westfalen. Die wieder in erhöhtem Maße fortschreitende Verteuerung aller Lebensunterhaltskosten veranlaßte die Kündigung des mit dem Westdeutschen Malermeisterverband (neuerdings Rheinisch-Westfälischer Malerinnungsverband genannt) vereinbarten Lohnabkommens zum 1. November. Es kam hinzu, daß in diesem Teile Deutschlands zurzeit eine sehr gute Konjunktur herrscht und die Bauarbeiter im Industriegebiet eine Lohnerhöhung von 65 % die Stunde durchsetzen; damit standen diese fast überall um 1,15 M. über den Lohn unserer Kollegen. Die ersten Verhandlungen fanden am 28. Oktober in Essen statt. Hier zeigte es sich, daß die Arbeitgeber von vornherein jede Verständigung zu verhindern entschlossen waren. Sie erklärten grundsätzlich, daß ein Malergehilfe keinen Anspruch auf den Lohn eines Bauarbeiters erheben könne (!) und daß man nur geneigt wäre, den verheirateten und den über 25 Jahre alten Gehilfen eine Zulage zu gewähren. Natürlich wurde dieser Vorschlag von unserer Vertretung glatt abgelehnt; einmal, weil er mit dem bestehenden Tarifvertrag in Widerspruch steht, vor allem aber auch wegen seines völlig unsozialen Charakters. Denn ein großer Teil der ledigen Kollegen, die Angehörige miterhalten müssen oder nur auf fremde Leute und auf das Wirtshaus angewiesen sind, leben nicht billiger als viele Verheiratete, ganz abgesehen davon, daß sie mit den ihnen zugemuteten miserablen Löhnen niemals einen eigenen Hausstand gründen könnten. Der Vorschlag enthält aber auch unter verschiedenen anderen sehr bedenklichen Seiten die große Gefahr, daß die verheirateten und älteren Gehilfen bei nachlassendem Geschäftsgang im allgemeinen zuerst entlassen werden würden. Das haben unsere Kollegen auch überall richtig erkannt und einmütig einen solchen Vorschlag abgelehnt.

Nach den gescheiterten Verhandlungen wurde von den beteiligten Gehilfenorganisationen der Staatskommissar in Dortmund angerufen, wo dann am 1. November verhandelt wurde. Inzwischen war die Erregung unserer Kollegen über das rückwärtslose Verhalten der Arbeitgeber, die es sogar fertig brachten, die weitere Verteuerung der Lebenshaltung aufzutreiben und entgegen früherer Auffassung die Malergehilfen als so minderwertig zu beurteilen, daß sie

ein für allemal weniger als andere Berufsarbeiter verdienen sollten, aufs höchste gestiegen. Deshalb kam es bei Ablauf des Lohnabkommens zu Arbeitseinstellungen, und an andern Orten standen die Kollegen bereit, jeden Augenblick das Gleiche zu tun, wenn die angebotenen Verhandlungen etwa verschleppt oder resultatlos verlaufen sollten. Nach langem Verhandeln haben die Arbeitgeber dann schließlich geboten: Für das Industriegebiet 70 %, für das Münsterland und das östliche Westfalen sowie für das besetzte Gebiet ohne Köln 40 % und für das Bergische Land 50 %. Gehilfen unter 20 Jahre sollen immer 20 % weniger erhalten. Ob vom 1. Januar an eine weitere Zulage gezahlt werden kann, darüber sollen bis 15. Dezember auf Antrag neue Verhandlungen mit den Gehilfenvertretern beginnen.

Zur Stunde ist uns die endgültige Stellungnahme der beiderseitigen Organisationen nicht bekannt. Nachdem es noch zu mehreren Teilstreiks gekommen war und die Arbeitgeber einzelner Orte noch besondere Zusagen gemacht hatten, hat eine Vertreterversammlung unseres Verbandes allgemein zugestimmt, ohne indes damit ihre Zufriedenheit zu bekunden.

In Köln ist wieder örtlich verhandelt worden. Hier wurden 78 % die Stunde festgesetzt und damit der Bauarbeiterlohn von 7,28 M. erreicht.

Eingefandt.

Zur Errichtung von Fachkursen.

Ueber die Neuerungen in Nr. 42 des „Vereinsanzeigers“ von dem Kollegen Otto Schnaidt-Lüdingen habe ich meine Bedenken auf Grund eigener Erfahrung. Es ist gewiß sehr schön gedacht, und es wäre auch sehr vorteilhaft und praktisch, solche Kurse einzuführen, wenn — ja, wenn nur eine stärkere Beteiligung daran zustande käme. Sind es doch gerade die jüngeren Kollegen, die solche Kurse sehr wenig oder gar nicht besuchen, weil sie angeblich die wenigste Zeit dazu haben und auch auf dem Standpunkt stehen: „Den Lohn, der uns zusteht, müssen wir aus ohnedies bekommen“. Wir haben hier einen Kursus eingerichtet, wozu ich mir große Mühe gab, daß er zustande kam. Alles wird frei gestellt, zwei große Räume, Farben, Malen, dazu Licht und ein geeigneter Fachlehrer; trotzdem kann ich konstatieren, daß die Beteiligung sehr schwach ist, und daß von ungefähr 80 Kollegen, die in Betracht kämen, sich nur 10 bis 12 Kollegen mit großem Interesse daran beteiligen. Ich ziehe hieraus den Schluß, daß es nur ältere Kollegen sind, die diejenige, die es gerade am nötigsten hätten, kein Interesse für solche Einrichtungen haben. Die älteren Kollegen hingegen, die schon Erfahrung hinter sich haben, auch mit allen Arbeiten besser fortkommen, besuchen die Kurse, um noch mehr zu ihrer Ausbildung zu lernen. Sie können sich es nicht leisten, jeden Tag dem Vergnügen nachzugehen; sie müssen sich ihrer Familie und ihrem Verufe widmen, damit sie das nötige Geld schaffen, das für den Lebensbedarf erforderlich ist.

Hermann Strobel, Reichenbach i. Vogtl.

Gewerkschaftliches.

Ueber die Ferien- und Lehrlingsfrage im Baugewerbe fanden, wie wir bereits mitgeteilt haben, nochmals Verhandlungen zwischen den Vertragspartnern am 31. Oktober in Berlin statt. Wie der „Grundstein“ darüber berichtet, haben auch diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt. Der Vorsitzende des Bauarbeiterbundes teilte gleich bei Beginn der Verhandlungen mit, daß der Bundesausschuß die Frage noch einmal durchberaten habe. Er habe auch bei der Reichsregierung angefragt, ob die gesetzliche Regelung der Ferienfrage demnächst zu erwarten sei. Der Arbeitsminister habe geantwortet, daß das nicht der Fall sei; die Regelung dieser Frage bleibe zunächst der freien Vereinbarung der Arbeiter- und Arbeitgeberverbände überlassen. Auf Grund dieser Antwort der Reichsregierung müsse er namens des Geschäftsführenden Ausschusses erklären, daß der Arbeitgeberbund zwar nicht grundsätzlich gegen Ferien sei, daß er aber den gegenwärtigen Augenblick zur Einführung von Ferien nicht für geeignet halte. Es seien gegenwärtig noch etwa 300 000 Bauarbeiter im Hochbau beschäftigt. Würden sie Ferien bekommen, so brächte das allein für das Hochbaugewerbe eine neue Belastung von mindestens 60 Millionen Mark. Eine solche Belastung könne das Baugewerbe nicht mehr tragen; sie hätte den völligen Zusammenbruch der Bauwirtschaft zur Folge. Ein weiterer Grund, weshalb der Arbeitgeberbund die Einführung von Ferien zurzeit ablehne, sei die Befürchtung, daß die Ferien nicht durchgeführt werden könnten. Die Bauarbeiter könnten sich nicht einmal an die achtstündige Arbeitszeit gewöhnen; sie benötigten ihre freie Zeit, um Scharwerkarbeiten auszuführen und den Unternehmern Konkurrenz zu machen. Die Gewerkschaften könnten diese Scharwerkerei nicht verhindern; sie würden auch nicht verhindern können, daß die Bauarbeiter ihre Ferienzeit zu Scharwerkereien ausnützten. Die Arbeitgeber seien auch nicht in der Lage, im Jahre 1921 die Mittel für die Ferien aufzubringen. Aus allen diesen Gründen lehne der Arbeitgeberbund zurzeit die Einführung von Ferien ab.

Nach dieser Rede war es klar, daß jedes weitere Wort zu dieser Frage vergebens sei. Von den Arbeitervertretern wurde trotzdem wieder darauf hingewiesen, daß die Kommission nicht mehr darüber zu verhandeln habe, ob Ferien eingeführt werden können, sondern daß es sich nur noch darum handle, zu erforschen, wie sie durchgeführt werden sollen. Wenn die Einführung der Ferien für das Baugewerbe wirklich die angeführte Belastung bringe, so müsse sie eben das Gewerbe tragen, wie ja auch andere Gewerbe diese Belastung tragen müßten. Die Bauarbeiter seien doch ohnehin schon die letzten, die Ferien bekämen. Der Arbeitgeberbund dürfe jetzt, nachdem er dem Vertrag zugestimmt habe, Verhandlungen über die Durchführung von Ferien nicht ablehnen. Die Ablehnung der Ferien sei doch keine Verhandlung über ihre Durchführung. Was die Scharwerkarbeiten anbelange, so hätte der Arbeitgeberbund bis jetzt versummt, den Vorständen der Arbeiterverbände derartige Verträge der Arbeiter gegen den Tarifvertrag zu melden. Würden sie den Arbeiterverbänden

gemeldet, so würden diese mit den schärfsten Strafen dagegen vorgehen. Sie hätten nicht jahrzehntlang den Achtstundentag geordert, damit er jetzt von einem Teil der Arbeiter durchbrochen werde. Die Arbeiterverbände selbst hätten das größte Interesse an der Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit, sie wollten doch ihre Arbeitslosen unterbringen, um sie nicht unterfüßen zu brauchen. Wenn festgelegt werde, daß Arbeiter außer ihrer tariflichen Arbeitszeit Scharwerkarbeiten auf eigene Rechnung ausführen, würden die Arbeiterverbände unter Umständen die Entlassung der betreffenden Arbeiter für berechtigt halten. Wenn der Arbeitgeberbund bestreite, daß auch die Ferienzeit von den Arbeitern zur Ausführung von Scharwerkarbeiten ausgenützt werden könnte, so könnten sie ja beantragen, daß in der Ferienordnung gegen einen derartigen Mißbrauch Sicherungen geschaffen werden.

Alles Neben müßte nichts. Die Arbeitgeber hielten weitere Arbeiten in der Kommission für völlig ausgeschlossen. „Gehen Sie nach ans Haupttarifamt!“ riefen sie den Arbeitervertretern zu, „dort können wir ja unsern Standpunkt einmal auseinandersetzen“. Darauf stellten Genosse Paepelow fest, daß die Verhandlungen gescheitert seien und daß keine Möglichkeit einer Annäherung bestehe. Die Arbeiterverbände würden deshalb auch nicht warten bis zum 31. Dezember, sondern sich schon jetzt an das Haupttarifamt wenden. Damit war die Aussprache über diese Frage beendet.

Montag, den 1. November, fanden die Verhandlungen über die Lehrlingsfrage statt. In diesen Verhandlungen nahmen außer Vertretern des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe auch Vertreter des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister teil.

Die Verhandlungen führten ebensowenig zu einem Ergebnis, wie die Verhandlungen am vorhergehenden Tage. Der Vertreter des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister führte aus, sein Verband sei aus rechtlichen beziehungsweise gesetzlichen Gründen nicht imstande, die Forderungen der Arbeiterverbände auf gemeinsame Regelung der Lehrlingsfrage zu erfüllen. Der Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister sei schon bemüht, Lehrverträge abzuschließen, die der heutigen Zeit entsprechen. Er wolle auch sonst alles tun, um tüchtige Gesellen heranzubilden. Die Arbeiter seien heute schon an der Regelung des Lehrlingswesens beteiligt. Sie hätten ihre Gesellenausschüsse, von denen wieder Lehrlingsausschüsse gewählt würden. Aus allen diesen Gründen könne der Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister die Forderungen der Arbeiterverbände nicht erfüllen.

Der Vertreter des Arbeitgeberbundes schloß sich diesen Ausführungen an. Erst müßten die gesetzlichen Bestimmungen geändert werden, bevor die Wünsche der Arbeiterverbände erfüllt werden könnten. Seines Wissens werde an der Veränderung dieser Bestimmungen bereits gearbeitet, die Reglementstellen seien sich nur noch nicht ganz einig. Auch in der Zentralarbeitsgemeinschaft werde zurzeit darüber beraten, ob und wie das Lehrlingswesen geändert werden könne.

Die Arbeitervertreter wiesprachen den Ausführungen der Arbeitgebervertreter auf das entschiedenste. Die Lehrlingsfrage lasse sich auf paritätischer Grundlage ohne weiteres regeln, wenn man sie nur regeln wolle. Der Beweis dafür sei im Buchdruck- und im Holzgewerbe durch den Abschluß von Lehrlingsordnungen erbracht.

Namens des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister wurde folgende Erklärung abgegeben:

Das Lehrlingswesen im Handwerk und somit auch im Baugewerbe kann nicht tarifvertraglich geregelt werden, weil nach den Vorschriften der Gewerbeordnung die Regelung auf diesem Gebiete zu den Obliegenheiten der Handwerkskammern und Innungen gehört. (Vergleiche insbesondere § 93, Absatz 2 Ziffer 6, § 103 p und 108 a R.O.) Diese gesetzlich beruhenden Instanzen können nicht durch Tarifabmachungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen ausgeschaltet werden. Solange also die einschlägigen Vorschriften der Reichsgewerbeordnung, in Kraft sind, hat der Innungsverband als öffentlich-rechtliche Organisation, die selbst unter der Gewerbeordnung steht, die unbedingte Pflicht, auf dem Boden des Gesetzes zu bleiben, das heißt die gewerberechtlichen Bestimmungen zu beachten und ihnen gemäß zu handeln. Der Verband lehnt es deswegen schon aus formalen Gründen ab, sich an der Aufstellung von Richtlinien für das Lehrlingswesen zu beteiligen, die nicht von den im Gewerbegesetz vorgesehenen Instanzen vorgenommen werden.

Zudem stehen wir auf dem Standpunkte, daß die Lehre ein Erziehungsverhältnis und kein Arbeitsverhältnis ist und daß demzufolge der Lehrling kein Arbeitnehmer und der Lehrvertrag auch kein Arbeitsvertrag im Sinne der Verordnung vom 28. Dezember 1918 ist oder sein kann. Im Normalfalle, wo der Lehrling minderjährig ist, schließt nicht dieser, sondern der Gewalthaber den Lehrvertrag. Der Inhalt des Lehrvertrages ist, wie schon angedeutet, reichsrechtlich vorgeschrieben. Es wäre darum eine rechtliche Unmöglichkeit, in einem Kollektivvertrage zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Vereinigungen über die Feststellung von Arbeitsbedingungen dem Lehrvertrag seinen Inhalt vorschreiben zu wollen. Letzten Endes können wir durchaus keinen Grund als vorliegend erachten, der es notwendig oder auch nur zweckmäßig erscheinen ließe, die bisher von den Handwerkskammern und Innungen im Rahmen ihrer Zuständigkeit erlassenen Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens zu umgehen oder zu beseitigen. Ein solcher Grund ist für das Baugewerbe um so weniger vorhanden, als hier auch die Regelung der den Lehrlingen zu gewährenden Beihilfe zum Lebensunterhalt durch die Innungen erfolgt ist. Der Innungsverband lehnt es daher auch aus diesen sachlichen Gründen ab, der von den Gewerkschaften aufgestellten „Lehrlingsordnung“ näherzutreten.

Die Vertreter der Arbeiterverbände erklärten, daß sie sich alle aus der Ablehnung der Arbeitgeber sich ergebenden Schritte vorbehielten. Sie würden noch in diesem Jahre das Haupttarifamt zur Entscheidung anrufen.

Eine Urabstimmung im Bauarbeiterverband findet vom 29. Oktober bis 29. November dieses Jahres statt. Die Urabstimmung soll einer Neuregelung des Beitrags- und des gesamten Unterstützungswesens dienen. Der wöchentliche Beitrag soll für die Frauen von 1 M. auf 1,50 M., für die männlichen Mitglieder von 1,70 M. auf 3 M. in der zweiten Beitragsstufe und von 2 M. auf 3,50 M. in der dritten Beitragsstufe erhöht werden. Entsprechend dieser

